

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Geldsorgen — Geldfragen

Mit den steigenden Geldsorgen des Einzelnen geht in der Zeit des Krieges, der Rohstoff- und Produktionskrise das Problem der staatlichen Geldnot parallel. Das Gespenst des Währungszerfalls, der Inflation taucht am Horizonte auf — oder wird, wenn es gewissen Leuten paßt, heraufbeschworen. (Z. B. vom «Landesring der Unabhängigen», der in einem Zürcher Inserat neustens die Zustimmung zur Umsatzsteuer damit begründet, daß ohne Umsatzsteuer eine Geldentwertung gedroht hätte . . .). Die Geld- und Währungsfragen sind also wieder hochaktuell. Wir machen auf einige lesenswerte neuere Schriften zu dieser Materie aufmerksam.

Dr. rer. pol. Hugo Sieber: «Eine kritische Würdigung der Freigeldlehre» (138 S., Kommissionsverlag Paul Haupt, Bern 1940, Fr. 5.—).

Sieber beschränkt sich auf die Darstellung der freiwirtschaftlichen Geld-, Zins- und Konjunkturtheorie; die übrigen Teile der FFF-Lehre, vor allem das Freilandproblem, werden nicht einbezogen, und auch die Auseinandersetzung mit der praktischen Politik der Freigeldpartei wird ausdrücklich vermieden. Das hat den Nachteil, daß die Kritik notwendigerweise unvollständig bleibt, andererseits den Vorteil einer leidenschaftslos sachlich geschriebenen Würdigung der Hauptzweige der Gesellschaftlichen Geldtheorie. Der Verfasser will auf Grund der Hauptwerke Gesells und Christens diese Zweige ihrer Theorie objektiv darstellen und sodann unvoreingenommen würdigen, «was im Lichte des modernen Standes geld-, zins- und konjunkturtheoretischer Erkenntnisse sowie der neueren Erfahrungen an der Lehre Gesells allfällig als brauchbar erscheinen mag». Das Buch zeigt — ohne daß der Verfasser irgendeine sozialistische Tendenz verfolgt — deutlich genug, wie sehr die Freiwirtschaftler im Grund an der heu-

tigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung festhalten und sich mit dem Ausbessern einiger «Baufehler» in der Geldmechanik dieser Ordnung begnügen wollen.

Oscar Sachse: «Die Sozialisierung des Bankwesens» (Gekürzte Übersetzung des Buches «The Socialisation of Banking» durch H. Ramp.) 182 S., Verlag «Organisator», Zürich, 1937, Fr. 2.—.

Die Berufung des englischen «Währungsrevolutionärs» J. M. Keynes in die Leitung der Bank of England hat Aufsehen erregt. Wird die britische Geldpolitik neue, umwälzende Wege beschreiten? Das lebendig und plastisch geschriebene Buch des englischen Sozialisten O. Sachse gibt Aufschluß über die Ideen der angelsächsischen Währungstheoretiker. Es besitzt schon dadurch heute besonderen Reiz, daß ihm Sir Stafford Cripps, derzeit britischer Botschafter in Moskau, ein eingehendes und geistvolles Vorwort mitgegeben hat. — Sachse stimmt in mancher Frage, vor allem in der Beurteilung und Verurteilung des Zinswesens der Gesellschaftlichen Freigeldlehre zu. «Der Geldzins ist unaufhörlich am Werk, die Kaufkraft schlecht zu verteilen. Der Zins ist daher eine der dauernden Kampfursachen der Arbeitslosigkeit und der Armut.» Aber Sachse geht weiter als die Freigeldlehre, er analysiert gründlicher das Wesen des Geldes, er beleuchtet «die Verwirrung, die davon herrührt, daß das Geld früher hauptsächlich als Ware betrachtet wurde, heute aber hauptsächlich nur ein Zeichen ist, das einen Anspruch bedeutet». Er sucht so den Übergang zu einer sozialistischen Geldpolitik zu zeigen, welche klarstellen muß, daß das Geld seine natürliche Funktion als Rechnungseinheit und Wertmesser besitzt, aber nicht als zinsbringende Ware. Interessant und konkret wird dann in weiteren Kapiteln untersucht, wie Organisation und Verwaltung der Banken sich gestalten müßten, wie der Fluch

von Zins und Wucher zu bannen wäre, wie eine internationale Verständigung angestrebt, wichtige Fragen aber schon in nationalem Rahmen gelöst werden könnten und wie schließlich zum Beispiel schon die schweizerische Postscheckorganisation ein ausbaufähiges Grundsystem für das sozialisierte Bankwesen abgeben kann, *wenn* eine sozialistische Regierung, — «einmal am Ruder und wissend, was in diesen Dingen vorzukehren ist — die bestehenden Einrichtungen der Postverwaltung so ausdehnt, daß sie für den ganzen Geldverkehr und banktechnischen Bedarf des Landes genügen».

Eine kleinere Schrift *desselben Verfassers*, «Kann Freigeld uns retten?» (Genossenschaftsdruckerei Arbon, 1939, Preis 70 Rp.) befaßt sich vom sozialistischen Standpunkt aus insbesondere mit den Anschauungen schweizerischer Freiwirtschaftler, zeigt, wo sie recht haben und wo ihre Lehre in der Praxis sich als unzulänglich erweisen muß, weil sie *innerhalb* des kapitalistischen Systems sich mit bloßen Reformen begnügt. Es fehlt die Grunderkenntnis: «Das ganze Bankwesen sollte zu einem öffentlichen Dienst ausgebaut werden». — Auch diese Schrift, wie das erstgenannte Werk Sachsens ist heute von ganz besonderer Aktualität und jedem Vertrauensmann zum Studium dringend zu empfehlen.

Dr. Eugen Steinemann: «*Das moderne Geldwesen*» (103 S., Jean Christophe-Verlag, Zürich, 1937, Fr. 3.—).

Das Buch hält, was der Titel verspricht. Es ist trotz der Knappheit des Umfangs eine umfassende Einführung in alle Grundbegriffe des modernen Geldwesens. Von den einfachsten Begriffen ausgehend, will Steinemann dem immer noch herrschenden Zustand steuern, daß «den meisten von uns zeitlebens völlig verschlossen bleibt, was mit dem alltäglichsten Ding unseres Lebens, dem Gelde, los ist». So werden zunächst Wesen und Wert des Geldes und die Gesetze seiner Messung untersucht, es wird seine Zweckbestimmung und Beschaffenheit erforscht, und allmählich gelangt der Leser hinter die Geheimnisse des bargeldlosen Verkehrs und der Währungsprobleme. Schließlich beleuchtet der Verfasser die Fra-

gen von Konjunktur und Krise und stellt — besonders aktuell — die Postulate für eine künftige, *planmäßige* Geld- und Währungspolitik auf. — Wer in der Wissenschaft vom Gelde noch Laie ist — und wer ist es nicht? — sollte nicht länger versäumen, das bei aller Gründlichkeit leichtfaßlich und flüssig geschriebene Werk Steinemanns zu lesen.

Jean Mussard: «*Geld*», Roman der Währungen (325 S., Jean Christophe-Verlag, Zürich, 1938, Fr. 9.—).

Ein eigenartiges und unterhaltsames Buch! Der Verfasser wollte ursprünglich «das romantische Thema ‚Geld‘ einer rein wissenschaftlichen Untersuchung unterziehen». Aber sein Temperament brannte mit dem überreichen Stoffe durch, und so entstand ein Werk, das er nun als «Roman der Währungen» betitelt. Es ist eine Sammlung von vielen Exkursionen in die Geschichte des Geldes und der Geldpolitik, von Essais — «Bemühungen» würde Thomas Mann sagen — über all die Gebiete des menschlichen Daseins, die unter den heutigen Wirtschaftsformen vom Geldtrieb, vom Egoismus beherrscht und bedrückt sind. Aus diesem Chaos sucht Mussard nach neuen Wegen. Er zeichnet in historischen und aus eigenem Erleben geschöpften Anekdoten die schroffen, grausamen Gegensätze zwischen Geldherrschaft und christlicher Ethik wie wirtschaftlicher Vernunft, er formt aus diesen Erlebnissen und Gedanken seinen Appell zum Aufbau einer neuen, sozialistischen, genossenschaftlich organisierten Landes- und Weltwirtschaft. Dabei läßt er, um eine Einzelheit zu nennen, im Gegensatz etwa zu Sachse, dem *Zins* auch im sozialistischen Staate seine Berechtigung, nur muß er im Rahmen des «sozialen Kapitals» auf seine richtigen Funktionen beschränkt bleiben. — Bilddokumente aus der Finanzgeschichte vieler Länder und Zeiten, die der Verfasser aus Museen von Zürich, Basel und Wien zusammengetragen hat, vermehren noch den Reiz des Buches. Neben und nach der Lektüre wissenschaftlich-nüchterner Abhandlungen über die leidige Geldfrage läßt der «Roman» Mussards sich als köstliches Dessert genießen. st.

Graphisch-statistisches Handbuch des Kantons Baselstadt. Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Baselstadt. Verlag: Birkhäuser & Cie., Basel.

Der zurücktretende und um die schweizerische Kommunalstatistik hochverdiente Vorsteher des Statistischen Amtes des Kantons Baselstadt, Dr. O. H. Jenny, hat zum Abschluß seiner amtlichen Tätigkeit dieses interessante Handbuch herausgegeben, das einen textlichen und tabellarischen Durchschnitt des politischen, kulturellen und staatlichen Lebens Basels darstellt. Ganz besondere Aufmerksamkeit darf die *politische Statistik* beanspruchen, da sie Untersuchungen enthält, die bis jetzt unseres Wissens in diesem Umfange und dieser Gründlichkeit in der Auswertung des vorliegenden Materials nirgends existieren. Wir verweisen da auf den Abschnitt über die Wahlbeteiligung nach sozialen Klassen und Altersgruppen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß mit der steigenden sozialen Stellung und dem zunehmenden Alter auch das Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten zunimmt. Während zum Beispiel die Wahlbeteiligung der Gruppe Großunternehmer, Direktoren und höhere Beamte bei den Wahlen im Jahre 1932 rund 84 Prozent betrug, betrug diese Ziffer für die Arbeiter in Privatwirtschaft und Staatsbetrieb bloß 61 Prozent! Das ist nur ein interessantes Detail aus dieser wertvollen Publikation. Wer Basel, wie es ist, wirklich kennen und mit Sachkenntnis über seine Verhältnisse urteilen will, wird dieses Handbuch mit Gewinn studieren. mhs.

Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft. 1941. II. Heft. Verlag Stämpfli & Cie., Bern.

Das neueste Heft dieser einzigen und repräsentativen volkswirtschaftlich-statistischen Zeitschrift der Schweiz (Redaktion: Professor Dr. Mangold) bringt die Verhandlungen der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft vom 7. Juni 1941. Das Kernstück dieser Verhandlungen bildete ein Vortrag von Professor Dr. Jul. Wyler über das schweizerische Volkseinkommen. Wer künftig über die Struktur der schweizerischen Wirtschaft reden oder schrei-

ben will, darf die Untersuchungen Wylers (die seither in den Beiträgen zur schweizerischen Statistik vollständig publiziert worden sind unter dem Titel: Schweizerisches Volkseinkommen 1924, 1929 bis 1938) unter keinen Umständen übersehen. Auch die Voten verschiedener eingeladener Redner zu dieser Jahresversammlung verdienen einige Aufmerksamkeit. Über heute mehr denn je diskutierte «Grundfragen der Konjunkturpolitik» referiert *Emil Küng*. Das Heft wird ergänzt durch einen Aufsatz von W. Ruchti über die Lage der vater- und mutterlosen Familien in der Schweiz. Den tabellarischen Teil bestreitet ein Auszug aus den Mitteilungen der Schweizerischen Nationalbank über die Bilanz der schweizerischen Banken 1940. Besprechungen und Selbstanzeigen sind am Schluß des Heftes etwas mager ausgefallen. mhs.

NOTIZEN

Statistik des Grauens

Gegen jedes neue Mordinstrument, so versichern die Kriegstechniker, wird auch ein neues Abwehrmittel gefunden. Der Tank rief dem Antitankgeschütz, das Giftgas der Gasmaske. So scheinen auch Geist, Moral und Nerven des Menschen jeder neuen Kriegsbrutalität gegenüber einen neuen, sozusagen automatisch funktionierenden Selbstschutz anzuwenden. Wer regt sich noch auf, wer gibt sich überhaupt noch Rechenschaft darüber, was es — für die *Opfer* der Kriegsfurie — bedeutet, wenn täglich und stündlich ganze Heeresteile als «zerschlagen», Tausende von jungen Leuten als «vernichtet», vermißt, ertrunken, verwundet gemeldet werden, wenn Bomber «mit guter Wirkung» Stadt oder Dorf getroffen haben? — Der Mensch gewöhnt sich an alles — auch an den fürchterlichen Jargon der Heeresberichte.

Darf man sich wundern, daß auch die jüngsten, dem Jahr 1941 vorbehaltenen Meldungen vom «inneren Kriegsschauplatz» schon keine «Sensation» mehr sind? Haben nicht einzelne Zeitungen kaltblütig bereits eine Rubrik «*Die täglichen Hinrichtungen*» eingeführt?

Und dennoch: Diese Meldungen von den Völkern, über die das *Vae victis* — Wehe den Besiegten! herrscht, diese Zahlen des Grauens werden nicht unter-

gehen im Meer der Vergessenheit. Halten wir sie fest im Gedächtnis. Sie enthüllen offen wie kein anderer Schlachtenbericht das Gesicht dieses Krieges, der nach gewissen Schriftstellern und Kriegstreibern nicht nur blitzartig, sondern auch «humaner» geworden sein soll.

Es wurden in der Zeit von Mitte September bis Ende Oktober 1941 wegen «verbotenen Waffenbesitzes», wegen «feindlicher Einstellung» gegen die Besatzungsmacht oder gegen die neue Regierung — oder als *Geiseln* zum Tode verurteilt, füsiliert, gehängt oder durch die Guillotine hingerichtet:

In *Belgien*: 2 Personen.

In *Norwegen*: 4 Personen.

In *Holland*: 5 Personen.

In *Frankreich*: über 300 Personen, darunter 125 *Geiseln*.

In *Polen*: 19 Personen.

In *Bulgarien*: 13 Personen.

In *Jugoslawien*: 308 Personen, darunter 250 *Geiseln*.

In *Ungarn*: 6 Personen.

In *Kroatien*: 12 Personen.

In *Spanien*: 6 Personen.

In der *Tschechoslowakei*: über 350 Personen.

Hunderte von Menschen hingerichtet in kaum 40 Tagen. Wie viele sind es noch, von denen kein offizieller Bericht Meldung gibt? Wie viele *werden* es noch sein? — Ihre Leiber sind tot. Ihr Geist wird leben.

Sir Walters dritte Reise

Sir Walter Citrine ist am 14. Oktober mit einer britischen Gewerkschaftsdelegation in Moskau angekommen. Es ist die dritte Reise des englischen Gewerkschaftsführers nach der Sowjetunion — und unter welch anderem Aspekten findet sie statt, als seine frühern russischen Exkursionen! 1925 und 1935 hatte er das Sowjetland als Tourist bereist und als äußerst kritischer Beobachter seine Eindrücke in dem Buch «Auf Wahrheitssuche in Rußland» (Zürich 1938) geschildert. Nicht marxistischer, sondern, wie er selbst bekennt, typisch englischer, demokratischer Sozialist, in den Lehren eines Charles Kingsley, John Ruskin, William Morris, Keir Hardie aufgezogen, konnte Citrine manches in der Entwicklung des Sowjetstaates weder begreifen noch billigen. Sein Buch schließt mit einem

skeptischen Fragezeichen: «Hat Rußland, auf lange Sicht gesehen, den Weg der Demokratie betreten? — Zeigt die neue Verfassung die Morgenröte einer neuen Zeit an oder ist sie nur als Schaufensterdekoration zur Erbauung argloser Ausländer hingestellt?» — *Eines* jedenfalls hat Citrine damals richtig gesehen: die militärisch-politische Lage der Sowjetunion und die Bedeutung der Roten Armee. Er schreibt (S. 119):

«Deutschland und Japan sind gegenwärtig gefährliche Angreifer. Japan hat sich gegen eine rein nominelle Geldentschädigung bereits einer russischen Eisenbahnlinie im Fernen Osten bemächtigt. Es bildet ständig eine Gefahr im Osten, und Deutschland ist eine noch schlimmere Gefahr im Westen. Das hat die Sowjets gezwungen, ein großes Heer zu unterhalten und viele Rohstoffe, Nahrung, Kleidung, menschliche Energie für unproduktive Zwecke zu verwenden, während sie sonst hätten dazu dienen können, die Lebenshaltung des Volkes zu heben. Jeder Rubel, der für die russische Armee in Form von Tanks, Kanonen, Flugzeugen, Verpflegung der Soldaten, Tuch, Stiefeln, Waffen und Ausrüstung, Pferden usw. ausgegeben wird, wird der übrigen Bevölkerung entzogen, ganz abgesehen von dem Verlust, der dadurch entsteht, daß soviel Menschen friedlichen Zwecken entzogen werden.

Die Deutschen und die Japaner kennen natürlich die Stärke der Sowjetarmeen ganz genau und haben ganz und gar nicht die Absicht, ihnen unterlegen zu sein. Wenn also das einmal mit einem Krieg endet, dann werden riesige Heere miteinander im Kampfe liegen.»

Und an einer andern Stelle (S. 328) im Blick auf den Antikomintern-Pakt Deutschland-Italien-Japan:

«Jede dieser Mächte würde wahrscheinlich bei einem Einzelangriff auf Sowjetrußland feststellen müssen, daß sie eine härtere Nuß zu knacken hätte, als sie sich vorgestellt haben. Bei gemeinsamen Versuchen wären sie aber außerordentlich starke Gegner. Die Sowjetregierung fürchtet nichts mehr, als ein solches Vorgehen, weil sie dadurch gezwungen würde, sich an zwei Grenzen gleichzeitig zu verteidigen. Dieser Umstand

ist daher auch nicht ohne Rückwirkung auf die Politik der Sowjets geblieben. Mehr als je von der Gefahr eines bevorstehenden Angriffs überzeugt, hat die Sowjetunion daher eine ausgesprochene Politik der Versöhnung verfolgt, während sie gleichzeitig keine Anstrengung spart, um ihr Verteidigungssystem auf die höchste Stufe der Vollendung zu bringen.»

Daß schon wenige Jahre später die Rote Armee zu einem entscheidenden Faktor im Ringen des *Britischen Reiches* mit den Achsenmächten werden könnte, hat Sir Walter Citrine damals wohl kaum geahnt.

ARBEITER- BEWEGUNG

Es gärt in der Arbeiterschaft, und es gärt nicht ohne Grund. Am 3. Oktober, nachdem der Bundesrat mit Hilfe der national- und ständerätlichen Bürgerblockmehrheit die Umsatzsteuer in Kraft gesetzt, die neue Milchpreiserhöhung auf den Konsumenten abgewälzt und alle sozialdemokratischen Anträge zur Erleichterung der Lage der arbeitenden Massen zurückgewiesen hatte, erging der *Appell der SPS* mit dem Manifest: *«Arbeiter, heraus zum Kampf!»* Wenn einige Organe der Reaktion, vorab die «NZZ.», darin nur «falsche Töne» hören wollten und nach der «Stimme der Vernunft» riefen, so blieb die Antwort des Volkes nicht aus. Massenversammlungen, die die Säle bis zum letzten Platze füllten, gaben in St. Gallen, Bern, Zürich, Basel, Schaffhausen, Herisau und an vielen weiteren Orten dem Protest gegen die derzeitige Lohn- und Preispolitik, der Forderung nach gerechter Verteilung der Kriegslasten Ausdruck. In einem von der *Zürcher* Versammlung am 10. Oktober an den Bundesrat gerichteten Offenen Brief heißt es:

«... Wir fordern den Bundesrat mit aller Entschiedenheit und Eindringlichkeit auf, die ernste innere Lage, die durch eine solche Lohn- und Preispolitik zwangsläufig entstehen muß, nicht unbeachtet zu lassen. Wir richten den dringenden Appell an Sie, ohne Verzug die Maßnahmen der Preiskontrolle, der Besteuerung von Kriegsgewinnen, der

Lohnregelung zu treffen, die den heutigen Zuständen ein Ende setzen.

Die Kraft der Schweiz ruht im Chaos des heutigen Europa letztlich nur auf der Macht ihrer freiheitlichen und sozialen Ordnung. Das Volk erwartet von den verantwortlichen Behörden, daß sie alles tun, um diese Ordnung der sozialen Gerechtigkeit herzustellen und zu erhalten.»

Die *Berner* Demonstration vom 9. Oktober, von 1500 Personen besucht, zog aus der gegenwärtigen Lage die richtigen Konsequenzen mit der «Entschliebung und Verpflichtung»:

«In Erkenntnis der Tatsache, daß mit der Annahme einer Protestresolution allein noch keine Teuerungszulagen erkämpft sind, daß es vielmehr die von den Gewerkschaften geleistete praktische Arbeit ist, die die Anpassung der Löhne an die Teuerung erzwingt; im Bewußtsein dessen, daß mit der Annahme einer Protestresolution eine wirkliche soziale Demokratie nicht geschaffen wird, daß es vielmehr der beharrliche Kampf der politischen Organisation der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratischen Partei, ist, der zu praktischen Erfolgen führen muß; in Anbetracht dieser Feststellungen verzichtet die heutige Volksversammlung ausdrücklich auf die Herausgabe einer üblichen Protestresolution.

Dagegen verpflichten sich die anwesenden Männer und Frauen, die dieser Entschliebung zustimmen, aus freiem Willen und als Antwort auf die unvernünftige Preis- und Lohnpolitik der verantwortlichen Behörden, von heute an persönlich und beharrlich neue Mitglieder für die Gewerkschaftsverbände und die Sozialdemokratische Partei zu werben und diese frei übernommene Aufgabe unter Gewissenspflicht auszuführen, der Sozialdemokratischen Partei und der zuständigen Gewerkschaft selbst beizutreten, wenn dies noch nicht der Fall ist, und durch weitere Werbungen die Reihen dieser Organisationen zu mehren, überzeugt davon, daß die Stärkung von Partei und Gewerkschaft die beste Waffe im Kampfe gegen die Not und für eine soziale Gerechtigkeit ist.»

Darauf kommt es in der Tat jetzt an. Nicht wieder erlahmen, nicht bei einigen Protestversammlungen es bewenden lassen, sondern *unablässig kämpfen* für den Zusammenschluß *aller* Arbeiter, der allein den Weg zur Solidarität des *ganzen* Volkes zu öffnen vermag.

PRO MEMORIA

Das erste Parteistatut

Als vor 40 Jahren, am 21. und 22. September 1901, der «Grütliverein» und die «Schweizerische Sozialdemokratie» an der «Solothurner Hochzeit» sich geeinigt und verbunden hatten, wurde das erste Statut der *Gesamtpartei* von der Generalversammlung beider Organisationen genehmigt und sodann der Urabstimmung unterbreitet. Anfang November lagen die mehrheitlich bejahenden Stimmen der Mitgliedschaft vor; am 6. November 1901 wurden die Statuten auftragsgemäß vom Zentralkomitee des Schweizerischen Grütlivereins als in Kraft gesetzt erklärt.

Seit jenem für die weitere Entwicklung bedeutsamen Zusammenschluß der schweizerischen Arbeiterschaft haben Programm und Statuten der SPS manche Revision erfahren. *Eine zentrale Aufgabe* aber ist nie besser umschrieben worden, als im ersten Parteistatut. Sie darf heute weniger als je vergessen werden und sei zu neuer Beherr-

zigung ins Gedächtnis gerufen. § 2 der Statuten vom 6. November 1901 lautet:

«Die Gesamtpartei wie jede einzelne der ihr angehörenden Organisationen ist verpflichtet, *stets die Einheitlichkeit der politischen Arbeiterbewegung und der Socialdemokratie in der Schweiz hochzuhalten* und insbesondere auch auf die Kräftigung des schweizerischen Grütlivereins, als der einzigen schweizerischen politischen Centralorganisation, die auf dem Boden der Socialdemokratie steht, Bedacht zu nehmen.

Die Gesamtpartei und die ihr angehörenden Organisationen machen sich ferner zur Pflicht, *die Organisationen und Bestrebungen einer einheitlichen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Schweiz zu fördern, in der Voraussetzung, daß die Organe der Gewerkschaftsbewegung ihrerseits die Pflicht zur Förderung der einheitlichen politischen Arbeiterbewegung anerkennen und bestätigen.*»

* * *

Wegen Raummangels müssen *Kriegstagebuch* und *Schweizer Chronik* in dieser Nummer wegfallen. Diese Rubriken werden in der Dezember-Nummer für den Zeitraum von zwei Monaten nachgeholt werden.